

Kann Niederauer Mühle auf Erweiterung hoffen?

Streitthema im Bauausschuss behandelt. **Bürgerinitiative fordert Veränderungssperre.** Unternehmen verweist auf Energiebedarf.

VON MARGRET VALLOT

Kreuzau. Die Niederauer Mühle, mitten in Kreuzau gelegen, stinkt und ist laut. Und weder den Gestank, noch den Lärm - darin waren sich alle Politiker im Bau- und Planungsausschuss einig - bekommt diese Papierfabrik seit Jahren in den Griff. Trotz immer wieder gemachter Zusagen habe sich tatsächlich seit Jahren kaum etwas geändert, so hieß es. Die Bürgerinitiative „Saubere Luft in Kreuzau“ will erreichen, dass sich die Fabrik räumlich und in der Produktion zumindest nicht mehr zusätzlich erweitert. Mit entsprechenden Anträgen mussten sich die Politiker befassen.

Die gesamte Spitze des Unternehmens hatte sich zu der Sitzung

ins Rathaus bemüht. Desgleichen auch 30 Mitglieder der Bürgerinitiative, denn es geht sozusagen um die Ganze. Die Bürgerinitiative will, dass eine Veränderungssperre in den Bebauungsplan aufgenommen wird. Diese Sperre läuft aber auf eine Neuaufstellung des Bebauungsplans hinaus und würde die Gemeinde 100 000 Euro kosten. Das hatte Baudezernent Siegfried Schmühl schon vorab mitgeteilt. Und damit angesichts von Gutachtern und Juristen, die bezahlt werden müssen, die Summe noch niedrig eingeschätzt.

In der Sitzung wurde nun lang und breit darüber diskutiert, dass der bestehende Bebauungsplan E 19, seinerzeit von der Firma Gebrüder Hoesch beantragt und bezahlt, eigentlich längst nicht mehr

gültig ist. Genauer: Er befindet sich in „schwebender Unwirksamkeit“, wie es korrekt heißt. „Ist die Gemeinde nicht sowieso verpflichtet“, so Rolf Heidbüchel (SPD), „einen gültigen Bebauungsplan aufzustellen?“. „Haben wir nicht eine moralische Verpflichtung, für Rechtssicherheit zu sorgen?“, fragte auch Ingo Esser (CDU). Und: Die Lärmwerte seien wirklich manchmal, auch nachts, lauter als erlaubt und das könne man nicht ohne Ende hinnehmen, sagte Esser und erntete Zustimmung.

Schmühl erklärte den Politikern, die Niederauer Mühle habe angeboten, einen „städtebaulichen Vertrag“ abzuschließen, wenn auf einen neuen Bebauungsplan verzichtet werde. Doch von diesem Vertrag wollten insbeson-

dere SPD und Grüne nichts wissen. Die CDU-Vertreter zeigten sich skeptisch, nur die FDP-Vertreter meinten, damit könne man leben. In diesem Vertrag will sich die Mühle unter anderem verpflichten, auf eine zusätzlich dritte Papiermaschine zu verzichten.

Nicht verzichten kann die Mühle auf eine Erweiterung der Leistung ihres Kraftwerks. Denn das liefert schon jetzt zu wenig Energie. „Alles steht und fällt mit dem Kraftwerk“, sagte Schmühl und wusste, dass in Kürze ein Antrag auf Kapazitätserhöhung im Rathaus eingehen wird. Schmühl: „Der Antrag kommt, das ist sicher.“ Und den könne man aus juristischen Gründen nicht negativ bescheiden, denn die Energie sei erforderlich, um die bereits geneh-

igte Produktion aufrecht zu erhalten. Wenn das Wärmekraftwerk der Niederauer Mühle seine Leistung nicht erhöhen dürfe, „dann hat die Mühle ein Problem“.

Zwei Stunden lang wurde hoch engagiert und sachlich diskutiert. Insbesondere die CDU-Fraktion hatte aber noch Beratungsbedarf. Deshalb beschloss man, über die Angelegenheit erst in 14 Tagen im Hauptausschuss zu entscheiden. Es zeichnet sich aber ab, und das stellte auch Schmühl mit Verwunderung fest, „in welche Richtung die Sache läuft“. Dass nämlich die Mehrheit der Politiker tatsächlich erwägt, „Geld in die Hand zu nehmen“ (Esser), um einen rechtskräftigen Bebauungsplan für das Gelände zu erhalten.